



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Dezember 2025**

Guten Tag!

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Deutschland ist in einer Wirtschaftskrise und verliert den Anschluss in der Weltwirtschaft. Seit 2023 geht die Wirtschaftsleistung (BIP) kontinuierlich nach unten. Ein Schlüssel zum Erfolg war und ist billige Energie. Diese steht seit den Sanktionen gegen Russland und der Sprengung der Nordstream-Pipeline am 26. September 2022 nicht mehr zur Verfügung. Polen freute sich darüber, denn einen Tag später, am 27. September 2022 ging die Baltic-Pipeline zwischen Norwegen und Polen durch die Ostsee in Betrieb. Auch die US-Präsidenten Biden und Trump ziehen für ihr Land Vorteile aus der Sprengung, denn damit kam ihr Flüssiggasexport nach Deutschland so richtig in Schwung. Das teure Frackinggas ist ein prima Geschäft für die USA.

Wer genau für die Zerstörung der Gasleitung verantwortlich ist, konnte bis heute nicht endgültig ermittelt werden. Waren es die USA, Norwegen oder die Ukraine? Ganz sicher aber war es jemand, der vorgibt unser Bündnispartner zu sein. Im Moment gelten zwei Ukrainer als Hauptverdächtige. Einer sitzt in Italien in Haft und wehrt sich gegen seine Auslieferung. Der Zweite wurde in Polen gefasst, wurde aber vor deutscher Verfolgung sicher, von den Behörden in die Ukraine abgeschoben. Was fällt auf? Wir sind in westlichen Bündnissen von lauter „Freunden“ umgeben und handeln genüsslich gegen deutsche

Interessen. Unsere Regierung legt auffällig wenig Aufklärungswillen an den Tag. Könnte die Wahrheit unbequem sein?

Um den Irrsinn komplett zu machen, steht Deutschland an der Spitze der Unterstützer der Ukraine und macht 11,5 Milliarden Euro im Haushalt 2026 dafür locker, wie uns Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) verspricht. Eine Summe, die unser Rentensystem stabilisieren würde. Der Korruptionsskandal in der Ukraine wird geflissentlich ignoriert!

R. Weber

Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 5. Dezember

Am 5. Dezember 2025 ist in mehreren deutschen Städten ein bundesweiter Schulstreik gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht angekündigt worden — als Teil eines vom Bündnis der Friedensbewegung initiierten Aktionstags. Es regt sich ein breiter Widerstand von betroffenen Jugendlichen und von Friedensgruppen.



Krieg! Für was?

Es ist eine Binsenweisheit: Kein Krieg wird für Freiheit, Demokratie oder Menschenrechte geführt. Jeder einigermaßen gebildete Mensch weiß, dass immer handfeste wirtschaftliche Interessen, Gier nach Rohstoffen und Absatzmärkten sowie nach Beseitigung oder Schwächung von Konkurrenten, die Ursachen sind. Weshalb führt das westliche Bündnis diesen Stellvertreterkrieg in der Ukraine und entscheidet, ob verhandelt wird oder nicht? Im März 2022 hätte nach Verhandlungen in Istanbul zwischen Kiew und Moskau dieser Krieg schnell beendet werden können. Um einen Frieden zu verhindern, wurde der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson am 29. April 2022 nach Kiew geschickt. Seit dieser Zeit setzte die NATO auf Sieg gegen Russland.

Wen juckt es in der deutschen Regierung, dass die Wiedervereinigung unter dem Vorbehalt zustande kam, dass keine Osterweiterung der NATO stattfindet? Russische Sicherheitsinteressen wurden im Westen nie ernst genommen, und die NATO ist immer näher an deren Grenze gerückt.

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo der Ukraine die junge Generation verloren geht und der NATO die finanziellen Mittel ausgehen. Der Krieg geht für die Ukraine verloren, wie westliche Militärstrategen längst erkannt haben, auch wenn die Klingbeil-Merz-Regierung sich vor diesem Eingeständnis sträubt.

Es ist allerhöchste Zeit für Diplomatie!

I. Blümmel

In eigener Sache

Die deutsche Kommunistische Partei DKP ist klein, aber im Parteienspektrum die konsequente Kraft, die sich für das friedliche Zusammenleben der Völker einsetzt und der das Wohl der Arbeiterklasse, der Jugend und der Rentner am Herzen liegt. Wir stellen unter Anwendung marxistischer Wissenschaft den Zusammenhang von Ausbeutung, Sozialabbau, Militarismus und Krieg her.



Mit unserem Odenwald Kurier versuchen wir jeden Monat einen kleinen Beitrag zur Aufklärung anzubieten und den Konzern- und Regierungsmedien etwas entgegenzusetzen. Wir nehmen die berechtigte Unzufriedenheit unserer Mitmenschen über ihre Lebensumstände zur Kenntnis, nehmen aber auch die Verwirrung über deren Ursachen wahr. Wir bieten kritischen Menschen an, bei uns mitzumachen und an unseren Diskussionen teilzunehmen.

R. Weber

Wo Demokratie draufsteht, ist nicht immer Demokratie drin.

„Steinmeier sieht Demokratie bedroht,“ lautet die Schlagzeile der Odenwälder Zeitung vom 10. November. Dem kann man zustimmen. Doch was sind die Gründe? Während unser Präsident (SPD) die

Bedrohung im aufkommenden Rechtsextremismus sieht und damit vor allem die AFD meint, sollte man nach den Ursachen fragen für eine Stimmung, die die sogenannten „Parteien der Mitte“ beklagen. Diese Parteien begreifen nicht, dass sich die Bevölkerung von ihnen abwendet, weil das Vertrauen in ihre Politik verloren geht. Dem Volk wird ein parlamentarischer Zirkus präsentiert, der wenig mit den realen Bedürfnissen und Nöten der Menschen zu tun hat. Aufgabe der Politik wäre es, die grundlegenden Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung zu gewährleisten. Stattdessen wird Politik für die Reichen gemacht, was sich an der Vermögensverteilung aufzeigen lässt. Die Reichen werden reicher, während die Armut zunimmt und immer größere Teile der Bevölkerung erfasst.

Zunehmende Obdachlosigkeit, Wohnungsnot, niedrige Renten, verarmte Familien, perspektivlose Jugend, zerfallende Infrastruktur, Privatisierung von gesellschaftlichem Eigentum (Post, Bahn, Autobahnen, Krankenhäusern etc.) usw. sind lauter unbewältigte Aufgaben.

Man sieht, dass selbst der höchste Repräsentant im Staat, der Bundespräsident, abgehoben in seinem Elfenbeinturm sitzt und wohltemperierte Phrasen absondert.

Ja, Herr Steinmeier hat recht, unsere Demokratie ist bedroht. Sie ist bedroht durch Doppelmoral und Unglaubwürdigkeit der Politik der sogenannten Mitte, die schon lange an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung vorbei agiert.

Treten wir ein, für eine Wende zu wirklich demokratischem und sozialem Fortschritt – Für Frieden und Völkerfreundschaft.

G. Janske

***Wir wünschen unseren Lesern beschauliche Feiertage
und einen guten Rutsch in ein friedliches Jahr 2026!***



***Spenden sind herzlich willkommen!
DKP Darmstadt***

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold.fertig@mail.de***